Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5882 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ewald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc. Anschluß-Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Zweiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 236. **Halle a. d. Saale, Montag den 23. Mai** **1898.**

Bestellungen für den Monat Juni

bei allen Reichspostanstalten 1 M.

Für Halle und Giebichenstein nehmen unsere Expeditionen und Austräger Bestellungen an, zu 0,85 M. bei einmaliger, zu 1 M. bei zweimaliger Zustellung.

Bei verspäteter Bestellung werden wir stets bereit sein, fehlende Nummern unentgeltlich nachzuliefern.

Die Expedition.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 22. Mai. In Potsdam hat heute mittag 12 Uhr in der Friedenskirche die Konfirmation des Kronprinzen Wilhelm und des Prinzen Eitel Friedrich im Beisein des Kaisers, der Kaiserin und der Kaiserin Friedrich sowie der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses und fürstlicher Häuser stattgefunden. An der Feier nahmen theil die Hofchargen, die Umgebungen des Kaiserpaares, die Erzieher der beiden Prinzen, der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, die Staatsminister, die Generalität, der Präsident des Oberkirchenraths, die Spitzen der Provinzial- und städtischen Behörden, die Hofgeistlichkeit, die Militärbevollmächtigten von Bayern, Württemberg, Sachsen und Oesterreich-Ungarn, eine Abordnung des Kadettenhauses zu Plön sowie mehrere den Prinzen befreundete Kadetten. Die Majestäten hatten zunächst das Grab Kaiser Friedrichs besucht und begaben sich dann unter Glockengeläut und Orgelklang in feierlichem Zuge in das herrlich geschmückte Gotteshaus. Nach dem Gesange des Domchors und der Gemeinde hielt Generalsuperintendent D. Dryander die Konfirmationsrede über das Wort des Römerbriefes: „Ich schäme mich des Evangelii von Christo nicht." Er gedachte darin des großen Kaisers Wilhelm und des Kaisers Friedrich als Vorbilder für die Prinzen. Nach einem weiteren Vortrage des Domchors verlasen nun die beiden Prinzen stehend und der Versammlung zugewendet jeder sein selbstverfaßtes Glaubensbekenntniß; zuerst der Kronprinz, anschließend an den Bibelspruch: „Thue mir kund den Weg, darauf ich gehen soll." Er faßte sein Gelübde dahin zusammen, er wolle sich als lebendiges Glied der evangelischen Kirche erweisen und der erste sein, der seinem Könige und seinem Vaterlande bis zum letzten Blutstropfen zu dienen entschlossen sei. Dann sprach Prinz Eitel Friedrich, welcher den Spruch gewählt hatte: „Gieb mir, mein Sohn, dein Herz und laß meinen Augen deine Wege wohlgefallen." Beide Prinzen sprachen mit weithin vernehmlicher Stimme. Es folgte nun der eigentliche Einsegnungsakt. Gemeindegesang, Gebet, Segen und Gesang des Domchors beschlossen die erhebende Feier. Die Prinzen reichten dem Generalsuperintendenten die Hand und wurden von ihren Eltern unter Küssen beglückwünscht. Der Kaiser dankte dem D. Dryander und überreichte ihm das Komthurkreuz des Königl. Hausordens von Hohenzollern. Unter Orgelklang und Glockengeläut erfolgte die Rückkehr aus der Kirche; es wurde darauf nochmals das Mausoleum Kaiser Friedrichs aufgesucht. Später fand im Potsdamer Stadtschloß eine größere Tafel statt, an der sämmtliche zur Einsegnung Geladenen theilnahmen. Die Rückfahrt nach Berlin erfolgt um 3½ Uhr.

Der Kaiser empfing heute nachmittag im königl. Schlosse zu Berlin den österreichisch-ungarischen Botschafter v. Szögyeny, der das von dem Kaiser Franz Josef dem Kronprinzen Wilhelm verliehene Großkreuz des Stephansordens und im Zusammenhange damit ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef an den Kaiser Wilhelm persönlich überreichte. Danach empfing der Kaiser den türkischen Divisionsgeneral Abdullah-Pascha und den rumänischen Gesandten Dr. Beldiman.

Der Vicepräsident des Staatsministeriums, Dr. v. Miquel, empfing gestern vormittag in Polen den Oberpräsidenten Frhrn. v. Willamowitz-Möllendorf. Das Befinden Dr. v. Miquels hat sich so weit gebessert, daß die Abreise nachmittags ½3 Uhr erfolgen wird.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland sowie der Prinz und die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen sind zum Besuch des Prinzen und der Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe von Homburg nach Bonn abgereist, von wo sie am Montag zurückkehren werden.

Die Kaiserin von Oesterreich hat sich gestern von Kissingen zur Nachkur nach Bad Brückenau begeben.

Der Gesundheitszustand des Fürsten von Reuß ä. L. ist in letzter Zeit nicht befriedigend gewesen; der Fürst wird sich deshalb in nächster Woche zu längerem Aufenthalte nach Italien begeben.

Der Besuch der Reichslande durch den Kaiser erfährt in Frankreich die phantastischsten Deutungen. Man will, so meldet man der „Voss. Ztg." aus Paris, hinter der Reise durchaus militärische Zwecke entdecken und bringt sie mit einer angeblichen Absicht der Heeresleitung in Zusammenhang, die südliche Schwarzwaldbahn die Schweizer Grenze entlang bis Ferrette und Niedersept zu verlängern, in Massevaux und Altkirch eine Besatzung von je einem Infanterie-Bataillon zu legen, Schloß Kurzel zum künftigen Hauptquartier eines Einfallheeres zu machen und von der französischen Regierung die Zustimmung zur Verlängerung einer Straße aus dem Dollerthal über den elsässischen Belchen bis zur französischen Straße von St. Maurice nach Giromagny zu erlangen. Man sieht: in den Franzosen zittert noch immer die Angst von Sedan nach, und deswegen sehen sie Gespenster am hellen Tage.

Wahlaufrufe.

Die Centrumsfraktion des verflossenen Abgeordnetenhauses verabschiedet sich von ihren Wählern mit einer Erklärung, worin sie nach gewohnter Centrumssprache zu den kommenden Wahlen aufruft. In diesem „Wahlaufrufe" heißt es nämlich:

„Treu der Vergangenheit der Partei haben wir es uns angelegen sein lassen, unsere idealen Ziele zu verfolgen und unsere Grundsätze und Anforderungen auf kirchlichem und religiösem Gebiete mit Eifer und Nachdruck zur Geltung zu bringen. In dieser Richtung sind unsere gerechten und selbst bescheidensten Ansprüche noch lange nicht erfüllt. Die Wiederherstellung der früher verfassungsmäßig garantirten Freiheit der katholischen Kirche ist noch nicht erfolgt; die freie Bewegung ihrer Organe auf dem ihnen zustehenden Gebiete, so daß sie ihren wohlthätigen Einfluß für Staat und Kirche und für das Leben des Volkes ungehemmt ausüben können, ist trotz unseres jahrelangen Strebens noch nicht erlangt. Die volle Gleichberechtigung des katholischen Volkstheils, die Wahrung des konfessionellen Charakters der Volksschule und der natürlichen Rechte der Eltern auf dieselbe, die Leitung des religiösen Unterrichts durch die kirchlichen Organe, die Sicherung einer christlichen Erziehung in der Volksschule, welche wir um so nothwendiger erachten müssen, je mehr wir erkennen, daß gegenüber der sich immer mehr entwickelnden Richtung auf Zügellosigkeit und Ungebundenheit nur ein christlich erzogenes, gottesfürchtiges Volk Widerstand zu leisten imstande ist — die freie und ungehemmte Thätigkeit unserer Ordensgenossenschaften unter Beseitigung aller engherzigen, bureaukratischen Maßregeln, welche die seelsorgerliche Arbeit, die christliche Wohlthätigkeit und die Selbstaufopferung im Dienste Gottes und des Nächsten, in ihrer segensreichen, unbedingt nothwendigen Entwickelung hemmen, — das sind alles Ziele, von welchen wir zum Theil noch sehr weit entfernt sind, welche aber zu erringen stets die erhabenste und vornehmste Aufgabe unserer Partei gewesen ist und sein wird."

Man sieht, das Centrum ist nicht anspruchsloser geworden, obwohl es sich wahrlich über die zarte Rücksichtnahme der Regierung nicht beklagen kann.

Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht jetzt eine Artikelserie, in der die Wahlaufrufe der einzelnen Parteien besprochen werden. Dabei kommen die Deutsch-Sozialen verdientermaßen sehr schlecht weg. Von ihnen heißt es beispielsweise:

„Nimmt man die Versicherungen des deutsch-sozialen Aufrufs als baare Münze, dann muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß der Mittelstand einzig und allein von denen um Zimmermann und Liebermann Heil und Rettung zu erwarten hat. „Auf die eigene Einsicht, auf Selbsthilfe ist der Mittelstand nach wie vor angewiesen," wenn er „der versprochenen Mittelstandspolitik, der unerläßlichen Sozialreform" die Wege ebnen will. Und zum Führer auf diesem Wege bieten die Deutsch-Sozialen sich selbst angelegentlich an, indem sie in ihrem Aufruf schreiben: „Daß den Worten auch segenbringende Thaten folgen, dafür müssen die Wähler selbst sorgen, indem sie die Reformpartei schaffen, die der vorläufig noch rathlosen (!) Regierung die Wege weist." Eine Partei, die im Hinblick auf Rathlosigkeit und Zerfahrenheit so üble Erfahrungen an sich selbst gemacht hat wie die Antisemiten, eine Partei, die in ihrem Wahlaufruf von sich selbst sagt: „Im abgelaufenen Reichstage war unsere Aufgabe vorwiegend die Kritik (!) der durch die alten Parteien begangenen Fehler (?) und der Hinweis auf die Mittel zur Abhilfe," eine Partei, die die Wähler auffordert, sie selbst erst zu „schaffen" (vgl. das obige Citat!), eine solche Partei, sagen wir, hätte allen Grund, das Selbstlob auf einen minder lauten Ton zu stimmen."

Auffällig ist es, daß die National-Sozialen bei der „Nordd. Allg. Ztg." recht gut wegkommen:

„Der Wahlaufruf der National-Sozialen wandelt in Bahnen, die in nationaler Beziehung ein erfreuliches Verständniß für die Grundlagen unserer staatlichen und nationalen Existenz bekunden. Das gilt z. B. von folgenden Sätzen: „Wir wollen einen festgefügten, äußeren und inneren Angriffen gewachsenen deutschen Staat. Darum sind wir für die Monarchie ... Wir wissen, daß eine starke Monarchie die beste Bundesgenossin der aufstrebenden Klassen ist ... Die Sozialdemokratie steht allen Machtforderungen des deutschen Volkes feindlich gegenüber. Sie ist gegen die Monarchie, sie will kein leistungsfähiges Heerwesen. Sie schädigt damit den deutschen Staat, sie schädigt ebenso die Lebensinteressen der aufwärtsstrebenden Volksmenge. Darum bekämpfen wir die Sozialdemokratie." Auch unter den sozialen Forderungen der National-Sozialen ist vieles, was als staatserhaltend im besten Sinne des Wortes sympathisch berührt."

Welcher Minister hat recht?

△ **Braunschweig**, 22. Mai. Das wolfenbütteler Welfenblatt „Brunonia" brachte vor einiger Zeit die überraschende Nachricht: Die Antwort des preußischen Kriegsministers v. Goßler auf die Beschwerde der Reserveoffiziere, Stadtdirektor a. D. v. Damm zu Wolfenbüttel und Rechtsanwalt v. Dähne zu Braunschweig, über ihren Bezirks-Commandeur, der ihnen den Austritt aus den welfischen, deutsch- und preußenfeindlichen sogenannten „Vaterländischen Vereinigungen" anbefohlen, sei deshalb so lange ohne Antwort geblieben, weil der preußische Kriegsminister das braunschweigische Ministerium um Auskunft über die Tendenz der welfischen Vereine ersucht — und darauf monatelang habe warten müssen, und das Ministerium wegen der Antwort in Verlegenheit gerathen sei! — Diese welfische Verdächtigung widerlegte der braunschweigische Staatsminister v. Otto in seiner für die bremende braunschweigische Thronfolgefrage hochwichtigen Landtagsrede am 18. Mai glänzend mit den Worten: „Die Anfrage des preußischen Kriegsministers ist hier am 6. Febr. eingegangen, sie wurde mir am 7. Febr. vorgelegt, am 8. hat eine Sitzung des Ministeriums stattgefunden, die Angelegenheit wurde berathen und die Antwort festgestellt, am 12. Febr. ist sie versandt worden. Ich glaube, rascher kann man es wohl nicht machen." — Die Folge war, daß der Kriegsminister v. Goßler jüngst im Reichstage die welfischen Vereinigungen mit Recht für „staatsgefährlich" erklärte und deswegen den befohlenen Austritt der Reserve-Offiziere aus der „Brunonia" und aus der „Rechtspartei" aufrecht erhielt. — Heute rückt nun das Welfenblatt „Brunonia" mit seiner Quelle für die „monatelang" verspätete braunschweigische Antwort heraus und druckt folgenden interessanten Brief vom 23. Februar d. J. des welfischen Reichstagsabgeordneten v. Hodenberg an den gemaßregelten Reserveoffizier v. Damm ab:

„Es war mir nahe gelegt, Ihren „Fall" beim Militärretat zweiter Lesung vorzubringen. Ich habe es vorgezogen, zunächst den Herrn Kriegsminister persönlich über den Stand der Sache zu interpelliren. Es wird Sie interessiren, zu erfahren, daß, wie ich Ihnen mit Einverständniß des Herrn Kriegsministers mittheile, die Verzögerung der Erledigung dadurch entstanden ist, daß auf die vor Monaten erfolgte Anfrage der Militärbehörde über die Tendenz der „Vaterländischen Vereinigung" seitens der braunschweigischen Regierung eine Antwort überall nicht erfolgt ist. Der Herr Kriegsminister beauftragte in meiner Gegenwart sofort einen Kommissar, die braunschweigische Regierung anzumahnen und versprach mir von dem Ausfall Nachricht zu geben . . ."

Nun hat der preußische Kriegsminister v. Goßler das Wort, diese seltsamen Widersprüche aufzuklären.

Seh'n Sie — das ist ein Geschäft!

Welche Bärendienste der deutschen Landwirthschaft geleistet werden, wenn die Organe der berliner Leitung des Bundes der Landwirthe sich als Wortführer der landwirthschaftlichen Interessen in das Vordertreffen drängen, zeigt sich jetzt in dem Streit, der zwischen der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirthe und dem Verein deutsch-österreichischer Thomasphosphatfabriken ausgebrochen ist. Die Lieferung von Thomasmehl erfolgte auf Grund eines zwischen diesen beiden Kontrahenten geschlossenen Abkommens, das für die vier ersten Monate d. J. noch bestand. Wegen der Fortsetzung dieses Abkommens gehen die Behauptungen auseinander. Anstatt nun, wie es von wohlmeinender Seite geschieht, darauf hinzuwirken, daß die Auseinandersetzungen im Interesse aller Betheiligten zu einem ersprießlichen Ausgang geführt werden, ist die „Deutsche Tagesztg.," das Organ der berliner Bundesleitung, dabei, die Gegensätze zu vertiefen, indem sie auffordert, den Bemühungen der Fabriken, ihre Sache der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, „mit äußerstem Mißtrauen und schärfster Kritik" entgegenzutreten. Daß aber gerade die Organe der Bundesleitung „mit äußerstem Mißtrauen und schärfster Kritik" im vorliegenden Falle behandelt zu werden verdienen, ergiebt sich aus einer Enthüllung im „Hann. Cour.," welche übrigens Mittheilungen entspricht, die auch der „Natlib. Korr." zugegangen sind. Danach erhielten alle Genossenschaften von den Thomasphosphatfabriken 30 M. Rabatt per Doppelwagen. Da es nun nicht anging, eine weitere Preisermäßigung vor den anderen Genossenschaften voraus zu haben, ließ sich die Leitung des Bundes den Preis um 15 M. höher ansetzen, stellte ihren Abnehmern den höheren Satz in Rechnung, steckte diese 15 M. per Doppelwagen still in die Kriegskasse des Bundes — und eignet sich jetzt die Beschwerde der anderen Genossenschaften an, die Thomasphosphatfabriken hätten mit ihren neuen Forderungen eine Erhöhung der Preise angestrebt, „worunter die Landwirthschaft von ganz Deutschland empfindlich zu leiden gehabt hätte." Der Ausschuß der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirthe hat danach alle Ursache, sich mit diesem Verhalten der Bundesleitung, das ihm in dem vorliegenden Streit die Stellung erschwert, zu beschäftigen. Sodann aber würde die Bundesleitung die Verpflichtung haben, sich zu äußern. Denn sie hat ihren Mitgliedern versprochen — darüber liegen unmittelbare Kundgebungen der Bundesleitung vor — „Lieferung von Düngemitteln unverfälschter reiner Art zum Wagenpreis," oder wie es in dem für die Wahlen veröffentlichten „Agrarischen Handbuch" heißt: „Die landwirthschaftlich-technische Abtheilung vermittelt den Bezug sämmtlicher Düngemittel und ist bestrebt, den Mitgliedern nur reine, beste und unverfälschte Waare zu den billigsten Preisen zu verschaffen!" Der „Hann. Cour." beziffert die Summe, die auf diese Weise der Bundeskasse zugeführt worden, auf 20,000 M.

Bündler und Antisemiten.

Es wird jetzt in der Presse aus dem von der Leitung des Bundes der Landwirthe herausgegebenen Wahlhandbuche über die grundsätzliche Stellung der Bundesleitung zu den verschiedenen Parteien berichtet. Darnach heißt die Bundesleitung die Antisemiten als diejenige Partei an, mit welcher der Bund, weil sie seine Forderungen unbedingt anerkennt, auf der ganzen Linie Schulter an Schulter kämpfen kann und welche ihm bei den bevorstehenden Reichstagswahlen am nächsten steht. Die Konservativen müssen dagegen nach der Auffassung der Bundesleitung, obwohl sie im allgemeinen auch auf dem Standpunkte des Bundes stehen, mit ungleich größerer Vorsicht geprüft und diejenigen ausgeschieden werden, von denen nicht die nothwendige Entschlossenheit in der Vertretung der Forderungen des Bundes zu erwarten ist. Dasselbe gilt in noch höherem Maße von den Freikonservativen. Die „Post" ist hierüber recht piquirt, und sie ruft drohend:

„Die unerfreulichen Folgen, welche von der starken Neigung der Bundesleitung, mit den Antisemiten zusammen zu gehen, ohne Zweifel zu erwarten sind, werden s. Z. sicher dazu führen, eine Revision in der Auffassung der Bundesleitung von der Stellung des Bundes zu den politischen Parteien herbeizuführen."

Wenn sich Herr v. Stumm, in dessen Wahlkreis ja auch ein Bündler kandidirt, in diesem Glauben nur nicht irrt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980523011/fragment/page=0001

Volkswirthschaftliches.

* Aus der am Mittwoch im Finanzministerium abgehaltenen Konferenz zur Klärung der Ansichten über die stärkere Besteuerung der Waarenhäuser werden vom „Conf." einige ergänzende Mittheilungen gemacht, die insofern interessiren dürften, als sie die Ansichten des Finanzministers über diese Frage wiederzugeben scheinen. In der Aufprache nämlich, die der Finanzminister hielt, fiel die sympathische Unterstützung auf, die er den Bestrebungen, die Waarenhäuser zu stärkerer Besteuerung heranzuziehen, angedeihen ließ. Er erklärte auch, daß der Handelsminister seine Ansichten theile. Seine Ansicht faßte er in einem Vorschlage zu einem neuen Regulativ zur Gewerbesteuer zusammen, die 1. die Kopfzahl der Angestellten, 2. den Raum zu Geschäftszwecken und 3. das Anlagekapital besteuern soll. Gegen diese Vorschläge machten sich allerdings aus der Versammlung heraus selbst solche Stimmen bemerkbar, die sonst zu den überzeugtesten Anhängern der Besteuerung der großen Waarenhäuser zählen. Von allen ferner gemachten Vorschlägen schienen diejenigen, die eine stärkere Heranziehung der Großbetriebe im allgemeinen zur Gewerbesteuer wünschen, die meiste Unterstützung zu finden. Einige Mitglieder der Konferenz erwärmten sich für Vorschläge, die allerdings die großen Waarenhäuser mit außerordentlich hohen Summen treffen würden. Der Finanzminister erklärte, daß er sich mit seinen Ansichten mit dem Handelsminister Brefeld in Uebereinstimmung befinde. — Im Hinblick auf diese Konferenz hat nun der „Verein Berliner Kolonialwaarenhändler" an den Finanzminister eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt:

„Unser Augenmerk war auf eine Umsatzsteuer gerichtet; wir verkennen aber heute nicht die Schwierigkeit ihrer Einführung und halten deshalb für praktischer, wenn die Veranlagungssätze zur Gewerbesteuer einer Reorganisation unterworfen werden würden, da nach den derzeitigen Sätzen die kleineren und mittleren Betriebe unverhältnißmäßig hoch belastet sind, während größere und größte bei weitem nicht die stoffelförmige Aufwärtsbewegung erkennen lassen, wie solche bei den unteren Stufen zahlenmäßig nachzuweisen ist. Es zahlt z. B. ein Gewerbebetrieb bei 1500 M. Einkommen pro Jahr 6 M. Gewerbesteuer, dagegen bei 4000 M. Einkommen schon 54 M.; in diesem Falle wird eine gerechte progressive Steigerung anerkannt werden müssen. Wird dagegen der Steuersatz von 288 M. bei 20,000 M. Einkommen in Betracht gezogen, so ist im Verhältniß zum Einkommen und der Steigerung von 6—54 M. der Censit bei dem höheren Einkommen entschieden im Vortheil. Hieraus leiten wir die Berechtigung unserer Klagen und es dürfte bei einigermaßen gutem Willen leicht sein und gerecht, analog den Steuersätzen 6—54 noch oben mindestens dieselbe, wenn nicht entsprechend höhere Staffel in Anwendung zu bringen."

Die berliner Kolonialwaarenhändler geben also die Umsatzsteuer bereits preis.

* Die „Magdeb. Ztg." theilt Näheres mit über diejenigen Aufwendungen, die das Kalisyndikat in den Jahren 1889 bis 1897 zu Gunsten der deutschen Landwirthschaft gemacht hat und die in Form von Rabatt auf Rohsalzbezüge an die Deutsche Landwirthschaftsgesellschaft und an Vereine gezahlt sind. Sie betrugen 1889 94,500 M., 1890 130,000 M., 1891 179,000 M., 1892 526,800 M., 1893 610,200 M., 1894 682,200 M., 1895 290,500 M., 1896 355,900 M. und 1897 561,200 M., zusammen 3,431,200 M., wovon 3,082,100 M. die Deutsche Landwirthschaftsgesellschaft und den Rest die sonstigen Vereine erhielten. Zu diesen Beträgen kommen noch die früher an den deutschen Moorverein gezahlten Rabattsummen, sowie die Vergütungen auf die konzentrirten Salze, die in vorstehenden Zahlen nicht enthalten sind. Uebrigens sind der deutschen Landwirthschaft allein im v. J. als Nothstandsvergütung auf Preis und Staffelfracht 688,669 M. von den Fakturen gekürzt worden. Diese Opfer, so schreibt das genannte Blatt ferner, wurden der Kaliindustrie dadurch ermöglicht, daß durch das Bestehen des Syndikates der Preis für den Verkauf von Kalisalzen nach dem Auslande auf der zulässig höchsten Grenze gehalten werden konnte. Der Minderbetrag an Rabatt in 1895 erklärt sich dadurch, daß den Händlern der Bezug von Kalisalzen durch landwirthschaftliche Vereine untersagt wurde. Trotzdem ist seit 1895 wieder ein schnelles Wachsen der Rabattvergütungen eingetreten.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Mit der Medizinalreform in Preußen scheint es endlich Ernst zu werden. Der Kultusminister hat den Regierungspräsidenten den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die künftige Dienststellung des Kreisarztes, der als technischer Berather des Landraths fungiren soll, und die Bildung der Gesundheitskommissionen, die in allen Städten mit mehr als 5000 Einwohnern obligatorisch sein soll, zur Begutachtung zugehen lassen. Die Provinzial-Medizinalkollegien, die Kreisphysikats- und Kreiswundarztstellen werden aufgehoben.

* Im „Reichsanzeiger" werden von Zeit zu Zeit Bekanntmachungen des Reichskanzlers veröffentlicht, in welchen eingeschriebenen Hilfskassen eine Bescheinigung ertheilt wird, daß sie den Anforderungen des am 1. Januar 1893 in Kraft getretenen Krankenversicherungsgesetzes genügen, d. h. daß sie ihren Mitgliedern im Krankheitsfalle mindestens diejenigen Leistungen gewähren, welche von den Gemeinden, in deren Bezirk die Versicherungspflichtigen beschäftigt sind, gewährt werden. Diese Bescheinigungen haben für die freien Hilfskassen insofern großen Werth, als erst, wenn sie diese Bedingungen erfüllen, ihre Mitglieder von der Verpflichtung, der Gemeindekrankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, befreit sind. In neuester Zeit sind nun auch im „Reichsanzeiger" Bekanntmachungen erschienen, in welchen einzelnen Hilfskassen die Bescheinigung der Erfüllung der betr. Forderungen des Krankenversicherungsgesetzes wieder ertheilt wird. Solche Maßnahmen sind daraus zu erklären, daß die betr. Hilfskassen ihre Statuten geändert hatten. Nach dem Gesetze müssen alle solche Statutenveränderungen vom Amtswegen daraufhin geprüft werden, ob die Kasse den Anforderungen des Gesetzes auch fernerhin genügt, und nach dem Ausfallen dieser Prüfung ist die Bescheinigung von neuem zu ertheilen oder zu widerrufen. Die Kassen, denen die Bescheinigung im „Reichsanzeiger" von neuem ertheilt wird, brauchen also nicht früher einmal ihre Satzungen so geändert zu haben, daß ihnen infolgedessen zunächst die Bescheinigung entzogen war, die Wiederbescheinigung erfolgt vielmehr auch nach jeder Satzungsänderung, die sich in den vom Gesetze gezogenen Grenzen hält.

* Nach einer in der Agrar-Kommission des Abgeordnetenhauses abgegebenen Erklärung eines Vertreters der Königlichen Regierung kann der Abschuß wilder Kaninchen auch ohne Genehmigung der Behörden erfolgen, sofern nicht andere polizeiliche Bestimmungen, bezw. § 368 Nr. 10 des Reichsstrafgesetzbuchs, entgegenstehen.

* Vor der Reichsanwaltschaft schweben s. Z. zwei Verfahren wegen Spionage, die voraussichtlich noch vor den Gerichtsferien, d. h. bis zum 15. Juli beim Reichsgericht zur Erledigung kommen. Angeklagt sind der Wirth Peter Mindorf aus Verviers in Belgien, in dem anderen der Bildhauer Friedrich Steinlen aus Lausanne und der Reisende Alfred Dussard aus Quelen bei Metz.

* Das posener Schöffengericht sprach heute den Grafen Mielzynski von der Anklage, den Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft „Posener Bazar" der Regierung in polnischer Sprache eingereicht zu haben, frei. Der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt.

* Einer Majestätsbeleidigung hat sich der wirthschaftlich und moralisch heruntergekommene Schneider Thiesmann zum dritten male schuldig gemacht, um sich ein Unterkommen im Gefängniß zu verschaffen. Das Berliner Landgericht verurtheilte ihn am Sonnabend zu einem Jahr Gefängniß, der Staatsanwalt hatte 5 Jahre beantragt und der Angeklagte erklärte, daß er mit diesem Strafantrag zufrieden sei.

Wahlbewegung.

* Die „Kreuzztg." macht kein Hehl daraus, daß für sie die ohne Zweifel von konservativer Seite angeregte Kandidatur Paasche im Wahlkreise Rostock darum von besonderem Werthe ist, weil dadurch das für ganz Mecklenburg angebahnte Zusammengehen aller Liberalen gegen die Konservativen und Agrarier gestört werden kann. In Rostock sind von 1874 bis 1890, mit der einzigen Ausnahme der Kartellwahlen von 1887, Abgeordnete gewählt worden, die ungefähr den Standpunkt der jetzigen freisinnigen Vereinigung vertraten. Auch 1893 erhielt ein solcher Kandidat 5865 Stimmen; aber der konservative Abg. v. Buchka erhielt ein wenig mehr Stimmen, nämlich 6281; er kam daher in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten und wurde in dieser vermöge der Stimmen der meisten Liberalen gewählt. Die Konservativen würden, wenn sie nach diesem Vorgange in einer Stichwahl zwischen dem liberalen Kandidaten Dr. Barth und dem Sozialdemokraten nicht für den ersteren eintreten wollten, sich dergestalt kompromittiren, daß man es auf diese Möglichkeit wohl ankommen lassen kann. Der Wahlkreis, dessen Hauptstadt der große Seehandelsplatz Rostock ist, zählt erheblich mehr städtische als ländliche Wähler; es ist auch hiernach nicht geboten, bei der Aufstellung des Kandidaten dem Agrarierthum entgegenzukommen; selbst die landwirthschaftlichen Produzenten haben übrigens in dieser Gegend ein Interesse an der Ausfuhr. Kurz, von welcher Seite man die Angelegenheit auch betrachtet, so kann die Aufstellung der Kandidatur Paasche, nachdem Dr. Barth seit Monaten als liberaler Kandidat proklamirt worden, nur bezwecken, in Mecklenburg die Liberalen zum Vortheil der Konservativen mit einander zu verfeinden und die Nationalliberalen auf die konservative Seite zu drängen.

* Die Zahl der bisher aufgestellten nationalliberalen Reichstagskandidaten beträgt 122.

* Von den 48 in Bayern gewählten Reichstags-Abgeordneten sind 24, genau die Hälfte, mandatsmüde, davon 15 vom Centrum, 7 Nationalliberale, 1 Bauernbündler und 1 „Wilder," die anderen 24 haben eine Kandidatur wieder angenommen. Der eine Wilde ist der Vertreter von Kehlheim — Dr. Sigl.

* Die Mittheilung, daß die freisinnige Partei im Wahlkreise Naumburg-Weißenfels-Zeitz die Kandidatur Rohland fallen gelassen und den Rektor Kopsch-Berlin zur bevorstehenden Reichstagswahl aufgestellt habe, ist falsch. Die freisinnige Partei hält nach wie vor an der Kandidatur Rohland fest.

* Die Ultramontanen im ersten und zweiten weimarischen Wahlkreise beschlossen, gleich im ersten Wahlgange für die freisinnigen Kandidaten Crüger und Cassselmann zu stimmen.

* In Eisenach erklären die Konservativen, für den antisemitischen Reichstagskandidaten Schrader-Zehlau einzutreten.

* Für den Wahlkreis Gardelegen-Salzwedel, der bisher im Reichstag durch Dr. Schultz-Lupitz (Reichsp.) vertreten war, stellen Konservative und Bund der Landwirthe Herrn v. Kröcher-Winzelberg auf.

* Der Kandidat der freis. Volkspartei für Schlawe-Bütow-Rummelsburg, Herr Brauereibesitzer Gube, hat in einer in Bütow abgehaltenen Versammlung zugegeben, daß er 1895 — konservativ gewählt habe. Zu seiner Entschuldigung führte er, nach der „Kösl. Ztg.," an, daß er hiermit „der Vereinigung nur einen Possen spielen wollte." Ein Volksparteiler, der der Vereinigung damit einen Possen spielen will, daß er dem Landrath v. Puttkamer seine Stimme giebt, ist jedenfalls ein Unikum in der Politik. Ob die dortige Volkspartei sich dazu entschließen wird, diese Kandidatur zurückzuziehen?

* Der hamburgische Reichstagswahlverein hat für die drei hamburgischen Wahlkreise als Kandidaten aufgestellt: im ersten den Fabrikbesitzer Dr. May-Albrecht, im zweiten Adolf Wörmann und im dritten den Landgerichts-Direktor Dr. Danzel.

* In Hannover-Linden hat die freisinnige Volkspartei den Abg. Albert Träger als Reichstagskandidaten aufgestellt.

* In Reichenbach-Neurode haben die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirthe dem vom Centrum und dem neuen konservativen Wahlverein aufgestellten Grafen Magnis die Unterstützung zugesagt.

* In Würzburg erhielten eine größere Anzahl Reservisten des 2. Feldartillerieregiments Einberufungsordres für die Zeit vom 7.—22. Juni, also gerade während der Wahlzeit. Es handelt sich um Uebungen auf dem Hammelburger Schießplatz. Der bayrische Kriegsminister wird dem Kommando hoffentlich die Nothwendigkeit nahelegen, die Wahlzeit frei zu lassen.

* Der bisherige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schumacher „fliegt hinaus!" Im Wahlkreise Solingen stehen sich zwei sozialdemokratische Kandidaten gegenüber: der vom Parteivorstand anerkannte Scheidemann-Gießen und Schumacher, der bisherige Abgeordnete. Der „Vorwärts" erklärt, daß Schumacher sich entgegen seinem auf dem Hamburger Parteitag und dem Parteivorstande gegenüber gegebenen Wort wieder habe aufstellen lassen und daß jetzt der Parteivorstand in einer scharfen Erklärung den „Wortbruch und das unparteiengenössische Verhalten Schumacher's" gegeißelt habe. In dieser Erklärung, die in 30,000 Exemplaren als Flugblatt im Wahlkreis verbreitet werden soll, wird auf das entschiedenste betont, daß die Partei mit Schumacher's Kandidatur nichts zu thun habe und daß sich „Georg Schumacher selbst außerhalb der Reihen der Partei gestellt, der er seit 30 Jahren, darunter 14 Jahre als Abgeordneter, angehört habe."

Parteinachrichten.

* Daß die Kundgebungen konservativer Blätter wegen geplanter Wahlrechtsverschlechterung nicht ausschließlich akademische Bedeutung haben, zeigt das Verhalten des Herrn Hönerbach in Dresden. Herr Hönerbach bewirbt sich in der sächsischen Hauptstadt um das Mandat für den Reichstag. Er hat sich dort in einer konservativen Versammlung vom 17. Mai für eine Beschränkung des Wahlrechts auf Männer über dreißig Jahre ausgesprochen, wobei es einige Heiterkeit erregte, daß er einem Amtsrichter Heinze, der sich lebhaft gegen ihn wandte, ebenfalls das Wahlrecht entzogen wissen wollte, wenn er das dreißigste Lebensjahr noch nicht vollendet habe. Hier also liegt ein neuer Beweis für die Behauptung vor, daß dem Reichswahlrecht ernste Gefahren von der konservativen Partei drohen; Herr Hönerbach ist „einer von den Neuesten," er spricht nur aus, was seine Parteigenossen, die länger im politischen Leben stehen, weise zu verschweigen wissen.

* Die freikonservative Zeitung „Die Post" in Berlin soll nach einer Mittheilung der „Bresl. Ztg." in absehbarer Frist wahrscheinlich eingehen. Die beiden Hauptgeldgeber, Graf Fred Frankenberg und Frhr. v. Falkenhagen-Bielau, seien gestorben und Frhr. v. Stumm scheine in seiner Betheiligung auch ein Haar gefunden zu haben. Die „Post" selbst hat am Sonnabend und Sonntag von dieser Nachricht der „Bresl. Ztg." keine Notiz genommen.

* Die „Freisinnige Zeitung" theilt entgegen den posener Meldungen mit, die „Posener Zeitung" werde auch in Zukunft den Standpunkt der „Freisinnigen Volkspartei" innehalten, und aus diesem Grunde werde auch eine neue Zeitung dieser Richtung mit Herrn Wagner an der Spitze nicht gegründet. Dem früheren Chefredacteur der „Pos. Ztg." Wagner werde das Parteisekretariat der Freisinnigen Volkspartei für den Bezirksverband Posen übertragen werden.

Soziale Angelegenheiten.

* Die am Freitag und Sonnabend im Reichsversicherungsamt abgehaltene Konferenz von Vertretern der Landesversicherungsämter und der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten hat sich auch mit der Frage einer ausgedehnteren Anwendung des § 12 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, die Uebernahme des Heilverfahrens durch die Versicherungsanstalt betr., beschäftigt. Die Zahl der Fälle, in welchen der § 12 zur Anwendung gelangte, ist von 2286 im Jahre 1894 auf 6950 im Jahre 1896 gestiegen und hat seitdem eine noch bedeutendere Steigerung erfahren. Der vierte Theil dieser Fälle kam auf die Lungentuberkulose. Ein Erfolg des Heilverfahrens wurde in den in Betracht kommenden Jahren bei 53,18 Proz. der überhaupt Behandelten und bei 47,20 Proz. der speciell an Lungenschwindsucht Behandelten erzielt. Da die Versicherungsanstalten in dem letztvergangenen Jahre wieder eine ganze Anzahl eigener Genesungsheime in Benutzung genommen haben, dürfte der nächste Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes in dieser Beziehung noch günstigere Zahlen aufweisen. Unter diesen Umständen wird man mit der Leitung des Reichsversicherungsamtes annehmen dürfen, daß eine sachgemäße Ausführung der einschlägigen Bestimmungen nicht nur eine allgemeine Entlastung der Versicherungsanstalten, sondern auch eine gewisse Ausgleichung in der Belastung der verschiedenen Anstalten herbeiführen wird.

* Nach einer vom großherzoglich hessischen Ministerium genehmigten Anordnung des Kreisamts Heppenheim dürfen vom 1. Mai ab Schulkinder nur zum Kegelaufsetzen verwendet werden, wenn sie schriftliche Erlaubniß ihres Schulvorstandes vorweisen können. Die Verwendung darf nie länger als drei Stunden dauern und nie über 9 Uhr abends sich ausdehnen. Geistige Getränke dürfen den Kindern niemals verabreicht werden und jede Zuwiderhandlung gegen diese Anordnung ist mit 30 M. bedroht. Es wäre zu wünschen, daß die übrigen deutschen Schulverwaltungen diesem guten Beispiel recht bald folgen möchten.

* Eine Vereinigung, die sich zum Ziele gesetzt hat, für umfassende gesetzgeberische Förderung der Wohnungsreform, in erster Linie für ein durchgreifendes Reichswohnungsgesetz einzutreten, ist in Frankfurt a. M. gegründet worden. Es liegt in der Absicht der neuen Vereinigung, die Angelegenheit nicht als Sache einer einzelnen Partei oder Volksklasse zu behandeln, sondern rein sachlich vorzugehen. Die Vereinigung beabsichtigt, die Bewegung auf ganz Deutschland auszudehnen. Es wäre auf das innigste zu wünschen, daß diesem frankfurter Beispiele recht viele Städte, namentlich Großstädte und Industriebezirke, nachfolgen möchten. Auch eine Wohnungsagitation auf dem Lande wäre keinesfalls unnütz, denn die Wohnungsverhältnisse der landwirthschaftlichen Arbeiter, namentlich in den junkergelegenen Gebieten Puttkamerun und Ostelbien, spotten vielfach jedweder Beschreibung.

Heer und Flotte.

* Das Exerzieren nach Winken, das bei dem Gefechtslärm die einzige Art der Verständigung bildet und bei der Kavallerie bereits seit dem Feldzuge 1870/71 reglementarisch eingeführt ist, wird in Zukunft auch bei den Uebungen der Infanterietruppen des Gardecorps in Anwendung kommen.

* S. M. S. „Seeadler" ist am 21. Mai in Aden angekommen und beabsichtigte am 23. Mai nach Port Said in See zu gehen.

Ausland.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die Escadre des Admirals Cervera hat sich beeilt, den Hafen von Santiago de Cuba wieder zu verlassen. Nach kaum mehr als 24stündigem Aufenthalte ist das Geschwader wieder ausgelaufen, wahrscheinlich um sich nach Havanna zu begeben. Dorthin kann er sich von Santiago auf zwei verschiedenen Wegen begeben, nämlich entweder indem er das Ostende der Insel, das Kap Maiz, umschifft oder indem er, westlichen Kurs nehmend, längs der Südküste Kubas fährt, um dann das Westkap San Antonio zu doubliren und sich Havanna von Westen her zu nähern. Die letztere Route ist um etwa 150 km länger, bietet aber den Vortheil, daß eine auf derselben sich bewegende Flotte zum Theil durch die Insel Kuba vor Angriffen in der rechten Flanke gedeckt ist. Auf dem anderen, nördlichen Wege wäre die spanische Escadre dagegen allen Angriffen von Key West aus ausgesetzt. Während des letzten Theiles der Fahrt um das Kap San Antonio herum würde das Geschwader Cervera's allerdings dieselbe Gefahr laufen. Die spanische Flotte ist ja übrigens nicht nach Westindien gekommen, um ein Versteckenspiel zu treiben, sondern um sich zu schlagen.

An den Admiral Sampson ist aus Washington der strikte Befehl ergangen, um jeden Preis das Einlaufen der spanischen Flotte in den Hafen von Havanna zu verhindern. Am Sonnabend bei Tagesanbruch ankerte die Flotte des Admirals Schley sechs Meilen von Key West, und Admiral Sampson's Flotte kam um fünf Uhr nachmittags dort an. Drei große Transportschiffe trafen ebenfalls am Nachmittag ein, mit Einrichtungen für Unterbringung von Truppen versehen. Die Schiffe „Bancroft," „Castine," „Helena" und „Wilmington" gingen am 18. d. M. abends eilligst in See; der „St. Paul" nahm Kohlen ein und fuhr bei Sonnenuntergang ab.

Da das spanische Packetboot „Montserrat" dreimal die Blokade von Kuba durchbrochen hat, behaupten die spanischen Blätter und suchen diese Behauptung zu beweisen, daß die Blokade keine effektive sei. Admiral Camara wird nach einer Unterredung mit dem Marineminister nach Cadix abreisen, woselbst er den Oberbefehl über das spanische Reservegeschwader übernehmen wird. Dasselbe wird mit versiegelten Ordres abgehen.

Von Kuba telegraphirt General Blanco, amerikanische Schiffe hätten in der Nacht des 19. d. M. auf die Besatzung an der Bucht von Nuevitas erfolglos geschossen. Es hätten ferner Zusammenstöße mit Aufständischen stattgefunden, welche letztere 11 Mann verloren hätten. — Eine weitere Depesche Blanco's besagt, die amerikanischen Schiffe hätten, um die Garnison

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980523011/fragment/page=0002

von Guantanamo zu täuschen, die spanische Flagge geführt, als sie sich vor dem Hafen zeigten; die Garnison habe jedoch den Feind sofort als solchen erkannt. Die madrider politischen Kreise und die Blätter drücken ihren berechtigten Unwillen darüber aus, daß die amerikanischen Kriegsschiffe dort die spanische Flagge gehißt hätten. — Die beiden gefangenen amerikanischen Zeitungskorrespondenten werden nicht als Kriegsgefangene, sondern als „Feinde mit der Waffe in der Hand" von den spanischen Gerichten betrachtet und wahrscheinlich zum Tode verurtheilt werden.

Wie Spanien, so hat auch Nordamerika im Laufe seiner Kriegsrüstungen einen Unfall erfahren, der mit Verlust von Menschenleben verknüpft war. Auf einen Eisenbahnzug, welcher das erste Missouri-Infanterie-Regiment von Chattanooga nach Chickamauga bringen sollte, lief gestern fünf englische Meilen von Chattanooga ein Personenzug auf. Fünf Soldaten sind getödtet, zwölf verwundet.

In amtlichen Kreisen Madrids wird versichert, die spanische Regierung habe die Entsendung von Hilfskreuzern nach den Vereinigten Staaten beschlossen, um alle an den Küsten der Vereinigten Staaten mündenden Kabel, selbst die transatlantischen, durchschneiden zu lassen, für den Fall, daß das kubanische Kabel von den Amerikanern abgeschnitten werde.

Im spanischen Ministerrath am Sonntag berichtete der Ministerpräsident Sagasta über seine Verhandlungen mit Castillo und erklärte, die Frage der Besetzung des Portefeuilles des Aeußeren werde bis morgen ihre Erledigung finden. Viel besprochen wird in Madrid eine Konferenz, die der Ministerpräsident Sagasta und der Marineminister Admiral Aunon mit einem Vertreter der „Compania transatlantica espanola" hatte.

Der amerikanische Ministerrath hat sich mit der Ablösung der Truppen nach den Philippinen beschäftigt und am Freitag beschlossen, vorläufig 10,000 Mann nach dort abzusenden. Das ist freilich leichter beschlossen, als ausgeführt, denn die Nachrichten aus Amerika bestätigen den schlechten Zustand der Truppen der Ver. Staaten. Die 15,000 in Camp Thomas zusammengebrachten Freiwilligen bestehen aus der Hefe der Gesellschaft und aus internationalen Abenteurern. Sie haben als einzige Uniform ein Tuch aus gelber Seide. Das erste Kavallerieregiment in Ohio hat einen Karabiner für alle Soldaten und kein Pferd, in anderen Regimentern haben die Soldaten trotz der großen Hitze nur Winterkleider. Diese mangelhafte Organisation scheint die wahre Ursache für die Hinausschiebung der Kuba-Expedition zu sein, die angeführten strategischen Gründe dagegen nur Vorwand. Auch das offiziöse „Journal de St. Petersbourg" schreibt: Wir bemerkten bei Beginn des Krieges, daß ein nicht unerheblicher Theil der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten sich der großen Schwierigkeiten, denen man begegnen würde, bewußt war. Die große Masse der Bevölkerung hatte geglaubt, daß der Krieg leichter würde zu führen sein. Jetzt nun stellt man fest, daß infolge der Hindernisse, auf welche die für Landungsversuche auf Kuba bestimmten amerikanischen Schiffe stoßen, diejenigen aufs neue ihre Stimme erheben, welche nicht für die Kriegserklärung waren.

Der angebliche österreichisch-russische Vertrag.

Die petersburger „Nowosti" behandeln in einem Leitartikel das von der „Frkf. Ztg." verbreitete Gerücht von dem angeblichen österreichisch-russischen Vertrage bezüglich einer Abgrenzung der Einflußsphären auf der Balkanhalbinsel und sagen, es sei zweifellos, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland sich in den letzten Jahren bedeutend gebessert hätten; beide Mächte erachteten es als ihre Pflicht, durch gemeinsame Bemühungen die Ruhe auf der Balkanhalbinsel aufrecht zu halten; jedoch seien diese Bemühungen ungenügend, um eine Abgrenzung der Einflußsphären zu ermöglichen. Rußland, welches Serbien und Bulgarien geschaffen und mithin einen legitimen Einfluß auf sie habe, werde niemals auf diese zu Gunsten einer anderen Macht verzichten. Es entstehe nun die Frage: Wer benöthigte die Lancirung dieser falschen sensationellen Nachricht? Das Blatt glaubt, diese politische Machination stehe in engem Zusammenhange mit Bemühungen der englischen Politik auf der Balkanhalbinsel. Vom Gesichtspunkt der russischen Politik und der vernünftig aufgefaßten Interessen Rußlands müsse der russische Einfluß voll und ganz existiren und dürfe kein Gegenstand eines Kompromisses mit irgend einem Staate sein. Die russische Politik der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der Balkanstaaten bedeute, daß Rußland auch einem anderen Staate nicht gestatten werde, sich in diese Angelegenheiten einzumischen. Diese allgemeine Regel sei so deutlich, daß sie keiner Kommentare bedürfe; sie habe aber auch nichts mit einer Theilung der Einflußsphären gemein. Weder die Rede Chamberlains, noch der apokryphe Traktat änderten etwas an den bestehenden internationalen Beziehungen; es seien aber darin gewisse politische Tendenzen geäußert worden, von denen man Notiz nehmen müsse.

Schweiz.

Die Parteipresse aller Schattirungen greift den Bundesrath heftig wegen Verletzung des Asylrechtes bei Auslieferung der italienischen Arbeiter an das italienische Militär an. Zahlreiche Protestversammlungen sind angekündigt. Die Bundesversammlung, für den Juni einberufen, wird sich mit dieser Frage beschäftigen.

Frankreich.

Bekanntlich hat der gewesene Oberstlieutenant Picquart bei Gericht die Anzeige wegen der gefälschten Photographie erstattet, welche ihn und den Oberst v. Schwartzkoppen auf einem Bilde zeigt, das angeblich mittelst einer Momentaufnahme in Baden hergestellt worden sein soll. Bertulus führt die Untersuchung. Am Freitag vernahm er den Redacteur des „Jour," Poussien, da die Mittheilung über diese Photographie zuerst im „Jour" erschien. Poussien verweigerte unter Berufung auf das Redaktions-Geheimniß jede Auskunft. Bertulus sagte: Ich weiß, daß Oberstlieutenant Picquart . . . — Poussien (unterbrechend): Herr Picquart! — Bertulus (fortfahrend): Ich weiß, daß Oberstlieutenant Picquart Paris nicht verlassen hat, seitdem er auf der Festung Mont-Valerien gewesen ist. Ehrenwerthe Zeugen haben dies durch Eid bekräftigt. Wollen Sie mir das Gegentheil unter Eid aussagen oder mir Beweise bringen, welche es mir ermöglichen, meine Untersuchung fortzuführen und, wie es der mir obliegenden Aufgabe entspricht, über verschiedene Punkte der Angelegenheit Licht zu verbreiten? — Poussien: Nein. — Bertulus: Woher hatten Sie Ihre Mittheilungen über die Momentaufnahmen, wie konnten Sie diesen Artikel schreiben? Wer hat Sie veranlaßt, diese Mittheilungen zu veröffentlichen? Sagen Sie es noch vor der Verhandlung, welche Montag in Versailles stattfindet. — Poussien: Ich will nicht, daß man sich meiner Aussage in irgend welcher Beziehung bediene. Ich sage nichts. — Bertulus verabschiedete Poussien mit den Worten: Wir werden uns wiedersehen. Ich werde nicht immer Ihre Meinung über das Redaktions-Geheimniß theilen können.

Der „Figaro" erfährt, das französisch-englische Niger-Abkommen sei unterzeichnet. Frankreich gebe Bussa auf, behalte jedoch Nikki und wirde zwei Häfen am mittleren Niger bekommen. — Diese Meldung wird von unterrichteter Seite für unzutreffend bezeichnet. Die Verhandlungen dauern vielmehr noch fort.

Italien.

Der interessanteste Mann Roms ist augenblicklich der sozialistische Deputirte Pescetti, der in dieser für Italien parlamentslosen Zeit in Monte-Citorio wohnt, ißt und schläft. Es sind so viele Mitglieder der sozialistischen Partei verhaftet worden, daß Pescetti in Monte-Citorio allein eine sichere Zufluchtsstätte sieht, in der er vor Verfolgungen der Behörde sicher zu sein glaubt. In das Parlament selbst wagen die Schutzleute nicht einzudringen; dagegen bewachen sie alle Eingänge des Hauses. Pescetti findet, daß Monte-Citorio ein Gasthof ersten Ranges ist. „Wenn ich," sagte er zu einem Besucher, „durch die Gänge von Monte-Citorio gehe, so kann ich viele Kilometer zurücklegen. Ich habe eine herrliche Bibliothek zur Verfügung. Es kommen Kollegen, die mir angenehme Gesellschaft leisten." — Uebrigens hatte sich außer dem sozialistischen Deputirten auch das Organ „Avanti" der Sozialisten, dessen Herausgeber gleichfalls verhaftet worden und dessen Leitung nun in den Händen einiger sozialistischer Deputirter ruht, in Monte-Citorio eingenistet. Das aber duldete der Kammerpräsident nicht.

Der Präfekt verbot durch einen Erlaß das Erscheinen des Blattes „Mattina," welches von Sonntag früh ab in Rom zur Ausgabe gelangen sollte; dasselbe Blatt hatte der außerordentliche Kommissar am 12. Mai in Neapel verboten.

Der verhaftete Redacteur Romulli vom Mailänder „Secolo" erklärt, er werde, falls er vor Gericht gestellt, alle von Rudinì an ihn gerichteten Briefe veröffentlichen; es würden dadurch große Skandale unausbleiblich sein.

Don Mariano, Pfarrer in Quinto in der Provinz Mailand, wurde wegen Aufreizung der Bauern zum Streik verhaftet und in Mailand eingeliefert. Bemerkenswerth ist die Unterdrückung der republikanischen und sozialistischen Blätter auch in den Provinzen, wo nicht der Belagerungszustand erklärt wurde, so in Pavia, wo vier, in Bologna, wo sechs Zeitungen unterdrückt wurden. In Turin erfolgte die Auflösung der Liga und des Vorstandes der Kooperativgenossenschaft der Eisenbahnbeamten.

Nach der „Provincia di Como" haben die Untersuchungen wider die in Mailand Verhafteten keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein eines Komplotts gegen die Staatsgewalt ergeben; die dahin gerichtete Anklage werde daher fallen gelassen. Die verhafteten Deputirten und Journalisten würden wegen Aufreizung zur Revolte vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Das Dekret, das die Eisenbahnen verpflichtete, Getreide mit 50 Prozent Ermäßigung zu befördern, wurde mit dem heutigen Tage von dem Verkehrsminister außer Kraft gesetzt, weil sich die Unzuträglichkeit ergab, daß davon die Spekulanten Nutzen zogen.

Türkei.

Die Pforte bereitete seit einiger Zeit Engländern und Amerikanern Schwierigkeiten bei der Ausfertigung von Pässen zu Reisen in die Provinzen. Die englische Botschaft überreichte infolgedessen eine Beschwerdenote, in welcher sie Abhilfe verlangt, da sie sonst die englischen Unterthanen ohne Pässe reisen lassen und die Konsuln mit dem Schutze derselben betrauen werde. Seitens der amerikanischen Regierung sind gleichfalls Reklamationen in dieser Angelegenheit erhoben worden.

Die „Köln. Ztg." meldet unterm 20. d. aus Konstantinopel: Man fürchtet, daß die völlige Räumung Thessaliens seitens der türkischen Truppen dadurch einen unerwarteten Aufschub erleiden wird, daß die am 15. Mai fällig gewesene erste Rate der Kriegsentschädigung bisher zum größten Theile nicht gezahlt worden ist. Aus London ist zwar ein Drittel der ersten Rate pünktlich bezahlt, dagegen ist Paris mit zwei Dritteln dieser Rate noch rückständig. Die hiesige Ottomanbank als Vertreterin der türkischen Regierung für den Empfang der fälligen Zahlung hat auf wiederholte Anfrage über den Grund der Verzögerung von Paris keine Antwort erhalten. Die türkische Regierung, die bisher den besten Willen in Bezug auf pünktliche Räumung Thessaliens gezeigt und dementsprechend gehandelt hat, soll entschlossen sein, mit der weiteren Räumung inne zu halten, bis die fällige Zahlung vollständig erfolgt ist. Zunächst hat der Minister des Auswärtigen Tewfik Pascha dem Doyen der hiesigen Botschafter Mittheilung von dem Ausbleiben der Zahlung gemacht.

Rußland.

Der russische „Regierungsbote" bringt eine Mittheilung über die Lage der Bevölkerung in den von der Mißernte betroffenen Gouvernements Kaluga, Strawropol, Tula, Tambow, Kursk, Nishninowgorod, Orel, Woronesch, Pensa und Ssjasan. Nirgends sei Hungersnoth oder damit verbundener Typhus festgestellt worden. Die Feldbestellung sei da, wo es nöthig, durch leihweise Verabfolgung von Korn aus den entsprechenden Magazinen gesichert. Da, wo eine partielle Dürftigkeit bei der armen Bevölkerung der Städte und Dörfer eingetreten ist, finde Hilfeleistung durch das Rothe Kreuz statt. Typhus-Erkrankungen seien in sieben Dörfern des Gouvernements Woronesch und in der Stadt Swjatoj-Krest im Gouvernement Stawropol festgestellt und die erforderlichen Maßnahmen seien getroffen worden.

Asien.

In einer Vorstadt von Kalkutta, Bhowanipur, entstanden am Sonnabend ernste Unruhen im Zusammenhang mit der Pestepidemie. Ein Arzt, welcher einen Platz für eine Isolirungsbaracke ausfuchte, wurde vom Pöbel verfolgt. Nachdem der Arzt den Volkshaufen vorerst verwarnt hatte, feuerte er und tödtete eine und verwundete zwei Personen. Der Pöbel rottete sich darauf vor dem Gesundheitsamt zusammen und verlangte die Auslieferung des Arztes; schließlich wurde jedoch die Menge auseinandergetrieben.

Die Chinesen besetzen am heutigen Montag Weihaiwei unmittelbar nach der Abfahrt der Japaner; am Dienstag werden die Engländer an Land gehen und die britische und chinesische Flagge werden gemeinsam gehißt bleiben, bis die Engländer die Baulichkeiten, das Arsenal und die Forts, übernommen haben. Alsdann wird die britische Flagge allein auf der Festung wehen. Drei englische Kriegsschiffe liegen jetzt im Hafen von Weihaiwei.

Australien und Südsee.

Die Annahme, daß eine der drei Vertragsmächte es abgelehnt habe, in die beantragte Rückkehr des nach den Marschallinseln verbannten Häuptlings Mataafa nach Samoa einzuwilligen, bestätigt sich. Dem Vernehmen nach hat England seine Zustimmung versagt, während die beiden anderen Mächte, Deutschland und die Union, die Aufhebung der Verbannung bewilligen.

III. Verbandstag der Haus- und Grundbesitzer-Vereine der Provinz Sachsen.

*** Weißenfels, 22 Mai.

Der dritte Provinzial-Verbandstag der Haus- und Grundbesitzervereine der Provinz Sachsen wurde heute vormittag 11 Uhr im Etablissement „Bad" vom Vorsitzenden Dr. jur. Lembser-Halle eröffnet, worauf noch der Vorsitzende des Ortsvereins, Buchbindermeister Lehmstedt, und Erster Bürgermeister Wadehn die Erschienenen willkommen hießen. Die Vorstandsmitglieder Dr. Lembser-Halle, Kaufmann Blumentritt-Halle, Stadtverordneter Barth-Erfurt, Hey-Nordhausen, Domkämmerer Becker-Naumburg, Bankier Färber-Zeitz und Buchbindermeister Lehmstedt-Weißenfels wurden wiedergewählt und Halle wurde auf zwei weitere Jahre als Vorort gewählt. Der im Frühjahre 1899 abzuhaltende 4. Verbandstag soll in Bitterfeld stattfinden. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erhielt Domkämmerer Becker-Naumburg das Wort zu seinem Vortrage über Baugenossenschaften. Er wies eingangs seiner Ausführungen auf die traurigen Wohnverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung in Berlin und Wien hin und schilderte die Gefahren, die der Allgemeinheit durch das Zusammenpferchen von Menschen, wie sie zumal das leidige Schlafstellenwesen mit sich bringe, in hygienischer und moralischer Hinsicht drohen. Sie zu beseitigen, sei eine moralische Nothwendigkeit der jetzigen Gesellschaft und das suche man nun durch Bildung von Baugenossenschaften zu erreichen. So lange die Privatindustrie die Hand biete, solchen Mißständen, der Wohnungsnoth und dem Wohnungselend, abzuhelfen, dürfe unter keiner Bedingung privaten Korporationen staatliche oder städtische Beihilfe durch Gewährung von billigen Baukapitalien, Erleichterung der Lasten Unterstützung zugeschickt werden, denn damit würden die Interessen des Haus- und Grundbesitzers in empfindlicher Weise geschädigt. Erstwo die Privatindustrie nicht helfen wolle, dürfte die staatliche Beihilfe eintreten. Durch staatliches Gesetz müßte dann das Recht eingeräumt werden, daß von den Bewohnern der durch Baugenossenschaften erstandenen Häuser der Miethszins in Abzügen vom Wochenlohne angesammelt werden könnte. Erst so würden die Baugenossenschaften lebensfähig werden. Wohnungs- oder Baukammern für einen bestimmten Distrikt müßten gegründet werden, in denen alle in Frage kommenden Interessenten vertreten sind und alle auf den Bau von Wohnhäusern erforderlichen Gesichtspunkte ihre Erörterung und Erledigung finden, sowie das Angebot und die Nachfrage von Wohnungen geregelt wird. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. An der regen Debatte betheiligten sich Bankier Färber-Zeitz, Rechtsanwalt Braun-Weißenfels, Bürgermeister Wadehn-Weißenfels u. a., nachdem noch Stadtverordneter Barth-Erfurt sich über ebendieselbe Frage verbreitet und zumal auf das Bau-Genossenschaftswesen in seiner Heimathstadt hingewiesen hatte. Bemerkt wurde, daß wahrscheinlich infolge sozialdemokratischer Einflüsse die neuerdings geschehene Begründung einer Baugenossenschaft zur Auflösung kommen würde. Eine besondere Resolution über diese Angelegenheit wurde nicht gefaßt, da sie auch auf dem Centralverbandstage in Wiesbaden zur Verhandlung steht.

Nach einer einstündigen Mittagspause unterzog Bankier Färber aus Zeitz den Gesetzentwurf betreffend den Schutz der Bauhandwerker einer Kritik, woran sich auch eine lebhafte Debatte schloß, die zur Annahme folgender Resolution führte:

1. „Die Bekämpfung des Bauschwindels ist zu erstreben, namentlich durch neue strafgesetzliche Bestimmungen, aber ohne Gefährdung der Rechtssicherheit im Hypotheken-Verkehr.
2. Der Gesetzentwurf zum Schutze der Bauforderungen ist nicht geeignet, dem Bauhandwerker zu helfen, wohl aber den städtischen Realkredit zu schädigen. Er ist deshalb zu bekämpfen."

Freiwillige Zwangsverwaltung an Stelle sofortiger Zwangsversteigerung war die Materie, welche Rentier Herter-Erfurt beleuchtete. Die Einzelvereine wurden veranlaßt, die Frage als Behandlungsgegenstand dem Verbandsvorstande zur weiteren Erörterung zu unterbreiten.

An der Hand der gegebenen Verhältnisse in Naumburg beleuchtete die Vorbelastung des städtischen Grundbesitzes bei Straßenpflasterungen Rechtsanwalt Rothenbach-Naumburg. Es wurde eine Resolution dahingehend angenommen, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß der Paragraph 9 des Kommunal-Abgabengesetzes vom 1. Juli 1896, soweit er die Adjacenten bei Umpflasterungen städtischer Straßen zu den Kosten heranzieht, aufgehoben wird.

Meteorologische Station zu Halle.

	22. Mai (9 Uhr 12 Min. ab.)	23. Mai (7 Uhr 12 Min. morg.)
Barometer Millimeter	750,0	748,9
Thermometer Celsius	15,5	13,9
Rel. Feuchtigkeit	79 %	90 %
Wind	NNO 1	NW 1

Maximum der Temperatur am 22. Mai 20,7° C.
Minimum in der Nacht vom 22. Mai zum 23. Mai 12,1° C.
Niederschläge am 23. Mai 7 Uhr morgens: 0,0 mm.
Wasserwärme der Saale am 23 Mai, mitgetheilt vom Florabade: 12—13°.

Privatliche Meldung auf Grund der Wetterkarte und lokaler Beobachtungen:

Dienstag, den 24. Mai.

Die Unterschiede im Luftdruck waren erheblicher geworden, ein Tiefdruckgebiet, welches das Wetter in Mitteleuropa zunächst beeinflussen dürfte, lagerte an der Küste Frankreichs. Das unbeständige Wetter mit Neigung zu Regenfällen dürfte noch andauern.

Eichwald. Größte und eleganteste **Wasser-Heilanstalt**
Elektrische Bahn nach Teplitz, 40 Minuten. in Deutsch-Böhmen. Bes.: Fürst Clary. Arzt Dr. med. A. W. Schmidt. Prosp. frei.

Fertige Wasch-Costumes in besonders chicer und geschmackvoller Ausführung, in hellen, mittlen und dunklen Farbentönen, das Stück von Mark **3,50** an. Geschäftshaus **J. Lewin** Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980523011/fragment/page=0003

Hallenser Kakao contra Holländer.

Verlornen Absatz in Deutschland wieder zu gewinnen versucht jetzt eine bekannte holländische Kakao-Firma durch riesige Reclame, in der deutsches Fabrikat indirekt als minderwerthig verdächtigt wird. Trotzdem das holländische Fabrikat gegen gute deutsche Fabrikate weiter nichts voraus hat, als dass es 1/3 theurer ist, bezahlt das deutsche Publikum immer noch gutmüthig die dafür verlangten hohen Preise und setzt dadurch den Ausländer in den Stand, die deutschen Fabrikate zu bekämpfen. Jedermann überzeuge sich selbst, dass die Behauptung in den Annoncen, der Holländer sei trotz der theuern Preise besser und billiger als jedes andere Fabrikat, ein Humbug erster Klasse ist.

Die **Schokoladenfabrik von Fr. David Söhne** z. B. bezieht ihr Rohmaterial direkt aus denselben Produktionsländern wie Holland. Unser Kakaopulver wird nach eignen ganz vorzüglichem Verfahren hergestellt. Unsere Fabrik ist technisch auf das Vollkommenste eingerichtet. Eigenartige Maschinen besorgen eine solch vollkommene Reinigung der Bohnen und des gerösteten Kakaos, wie es bislang nicht erzielt wurde.

Ohne Ueberhebung können wir sagen, ein vollkommeneres Fabrikat als das unserige giebt es nicht. Den Beweis dafür bringt unser enorm gesteigerter Absatz. Wir verarbeiteten im Jahre 1897 circa 15 000 Centner Kakaobohnen und zahlten dafür circa 260 000 Mark Zoll. Man prüfe unser bei gleicher Güte erheblich billigeres Kakaopulver gegen ausländische Fabrikate. Wir empfehlen als Concurrenzmarke unseren **Hallenser Kakao Nr. 0 1/8 Kg 2,40 Mark.**

Fr. David Söhne, Halle a. S.

„Thuringia"

Versicherungsgesellschaft in Erfurt,

Grundkapital: 9 Millionen Mark, Vermögensbestand: 49 Millionen Mark, gezahlte Entschädigungen seit Gründung: 129 Millionen Mark, gewährt zu günstigen Bedingungen und billigen Prämien bei keinerlei Nachschußverbindlichkeit für die Versicherten: **Feuerversicherung** auf Gebäude und deren Inhalt, **Lebensversicherung, Unfallversicherung** und **Transportversicherung.**

Auskunft ertheilt und zur Aufnahme von **Lebens- und Unfall-Versicherungen** empfiehlt sich

Die General-Agentur für Lebens- und Unfall-Versicherung

Julius Becker, Bankgeschäft,

Martinsberg 9. Fernsprecher 453,

sowie die **Hauptagenturen für Feuer-Versicherung:**
Karl Hoffmann, Herrmannstraße 3, I.,
Albert Wehlert, Sophienstraße 2.

Unterröcke

in Lustre, Leinen und Moirée
zu bedeutend **ermässigten Preisen.**

Adolf Sternfeld,

Wäsche-Fabrik, Halle a. S., Kleinschmieden 6.

Im Fenster leicht angeschmutzte weisse Röcke sehr preiswerth.

20% billiger
im
Ausverkauf

Gardinenhalter — Kl. Ulrichstr. 18a. — Quasten, Besätze

Kinderwagendecken
Posamenten
Schleier
Spitzen
Bänder
Schürzen.

Kl. Ulrichstr. 18a.

Reisegläser! Krimstecher! Fernrohre!

mit nur besten achromatischen Gläsern.

Perspektiv: „Fortschritt" mit Leder-Etui **M. 6,00.**
Perspektiv: „Tourist" mit Lederetui und Riemen **M. 9,00.**
Perspektiv: „Union Nr. I" mit leicht. Etui und Riemen **M. 13,50.**
Perspektiv: „Union Nr. II" m. stab. Rindl.-Etui u. Riemen **M. 15,00.**
Krimstecher, extra scharf, von 5- bis 8maliger Vergrößerung **20, 25, 30 M.** 2c.
Fernrohre (achromatisch) von **M. 6,00** an.

Für die Güte meiner Gläser übernehme jede Garantie.

Carl Schneider,

20 Gr. Ulrichstraße 20.

Niederlage der rühmlichst bekannten Rathenower optischen Fabrikate.

C. Buchalla

Steinstraße 11 Halle a. S. Steinstraße 11

altrenommirte Firma
empfiehlt als **Specialität**

Schuhe und Stiefel

von

Nur echt, wenn der volle Name der Firma auf der Sohle steht.

Sensationelle Neuheit!

Ventilations-Mützen

für Radfahrer.

Pat. i. f. a. Kulturstaaten.

Durch eine sinnreiche Vorrichtung wird bei jeder Bewegung der Stirn Luft zugefächelt, sodaß selbst an heißen Tagen der Kopf nicht erhitzt wird.

Eduard Seelig,

Halle a/S., Leipz. Str. 5.

Auction.

Dienstag den 24. Mai cr. Vormittags 10 Uhr versteigere ich Geiß-straße 39 hier freiwillig ein Nußbaum-Möblement, als:

1 Buffet, 1 Trumeaux, 1 Wäscheschrank mit Spiegelthür, **1 Ausziehetisch, 1 Vaucelioha, 1 achteckigen Salontisch, 1 Waschtisch** und **2 Nachttische** mit Marmorplatten, **1 Bettelerschrank, 2 Bettstellen** mit Matratzen und Keilkissen, **1 Servirtisch, 6 Walzenstühle, 1 Garderobeschrank,** ferner **Portieren, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch** 2c.

Die Möbel sind fast neu u. kommen bestimmt zum Verkauf.

Dietze, Gerichtsvollzieher.

Karl Koch's Nährzwieback

seit 15 Jahren durch erstaunliche Erfolge mehr als bewährt, unter ärztlicher Kontrolle hergestellt, chemisch untersucht, kalkphosphathaltiges, Blut und Knochen bildendes Nährmittel ersten Ranges, ist in Packungen zu 10, 20, 30 und 60 Pfg. erhältlich in

Karl Koch's Nährzwieback-fabrik, Halle a. S., u. in allen besseren Kolonialwaaren- u. Drogenhandlungen.

Ein vortreffliches Handbuch!

Der Oekonomie-Lehrling und seine Ausbildung zum Dirigenten größerer Güter. Von **Ludwig Thiele-Anderbeck.** Dritte Auflage. Den Fortschritten und Anforderungen der Neuzeit entsprechend umgearbeitet von Oekonomierath Dr. Eisbein. Mit 28 Abbild. u. 8 Tafeln. Geh. 3 M., geb 4 M. **Otto Hendel Verlag, Halle S.**

Auction.

Wegen Auflösung des Geschäfts versteigere ich **Dienstag den 24./5. cr.** von **Vorm. 10 Uhr** ab, sowie folgende Tage den **gesammten Bestand** des **Waarenlagers** der **Corset-Fabrik-Niederlage** des Frl. **Laura Weinhold hier** im Geschäftslokale **Gr. Ulrichstr. Nr. 4** meistb. g Baarzahl. Zur Versteigerung gelangen:

Büstenhalter, Radiabrercorsets, Umstandscorsets, Tüllcorsets, Geradehalter, sämmtl. **orthopäd. Corsets, Corsetschoner, Strumpfbänder, Strumpfhalter,** sowie alle in dieses Fach schlagende Artikel.

Es bietet sich hier die günstige Gelegenheit, nur erstklassige Fabrikate billig zu erwerben.

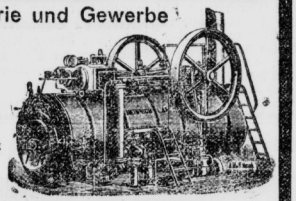
J. Stemmler,
gerichtl. vereid. Taxator u. Auctionator.

Lokomobilen bis 200 Pferdekr.

für Industrie und Gewerbe

beste und sparsamste Betriebskraft der Gegenwart.

1895/96: 1191 Stück
1897: 845
verkauft.



HEINRICH LANZ, Mannheim.

Filiale in **Berlin W.,** Friedrichstrasse No. 186.

Marmorkies, schwarz-weiß,
Gartensand, goldgelb,
empfiehlt in Fuhren und einzelnen Centnern
Hugo Messing, Georgstraße 3.

Sommerfrische
Leutenberg i. Th.

Bild und Prospekte in der Cigarrenhandlung **C. H. Spierling,** Leipziger Straße.

Die Expeditionen der Saale-Zeitung befinden sich
Gr. Berlin, Ziem Promenade 1 und Markt 21 (Waaggebäude).

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 3 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980523011/fragment/page=0004